

Anlage 3

## BMI: 2013 höchste Asylbewerberzahl seit 1999

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist im vergangenen Jahr auf den höchsten Stand seit 14 Jahren gestiegen. Das teilte das Bundesinnenministerium (BMI) mit. Demnach wurden 2013 insgesamt 127.023 Asylanträge gestellt, was einem Plus von etwa 49.000 oder rund 64 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Allein 37.000 aller Asylbewerber des Jahres stammen aus Serbien, wobei die Flüchtlingsanerkennungsquote für Serben laut BMI bei 0 % liegt. Allein im Jahr 2013 kamen mehr Asylbewerber nach Deutschland als in den Jahren 2006 bis 2009 zusammen. Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten weist Deutschland mit deutlichem Abstand die höchsten Asylbewerberzahlen auf. Der DStGB fordert weiterhin deutlich mehr Unterstützung für die Kommunen, die die Asylbewerber angemessen unterbringen müssen, eine Verkürzung der Bearbeitungsdauer von Asylverfahren sowie die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern.

Stärkstes Herkunftsland im Jahr 2013 bei allen Asylanträgen war - wie schon im Vorjahr - Serbien. Der Asylbewerberzugang stieg von 12.812 Erst- und Folgeanträgen im Jahr 2012 auf nunmehr 18.001, davon mehr als 90 % Roma. Dabei gab es mit 6.542 auch die meisten Folgeanträge aller Herkunftsstaaten. Aufgrund regelmäßig nicht vorliegender Asylgründe lag der Anteil der Flüchtlingsanerkennungen an den Entscheidungen zu serbischen Asylanträgen bei null Prozent.

Auf Platz 2 der Hauptherkunftsländer im Jahr 2013 lag die Russische Föderation mit 15.473 Asylanträgen (Vorjahr: 3.415 Erst- und Folgeanträge). Es wurden mit 14.887 die meisten Erstanträge aller Herkunftsstaaten gestellt. Der verstärkte Asylzugang begann bereits im Herbst 2012 und erreichte im Monat Mai 2013 mit 2.538 Asylerst- und Folgeanträgen seinen Höhepunkt. Seitdem gehen die Asylzahlen deutlich zurück. Fast 90 % der Asylbewerber aus der Russischen Föderation gehören nach eigenen Angaben der tschetschenischen Volkszugehörigkeit an.

Syrien lag auf Platz 3 der Hauptherkunftsländer. 2013 wurden 12.863 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) von Syrern gestellt. 2012 waren es 7.930 und 2011 3.436 Asylanträge. Da fast alle syrischen Asylanträge zu einer positiven Entscheidung führten, hat Deutschland somit bisher allein im Rahmen des Asylverfahrens mehr als 24.000 Menschen einen Schutz vor dem Bürgerkrieg in Syrien gewährt.

Die Hauptherkunftsländer 2013 waren (mit Vergleichszahlen 2012):

Asylanträge (Erst- und Folgeanträge)	Veränderungen			
	2012	2013	in %	absolut
<b>Gesamt</b>	<b>77.651</b>	<b>127.023</b>	<b>63,6</b>	<b>49.372</b>
Serbien	12.812	18.001	40,5	5.189
Russ.Föd.	3.415	15.473	353,1	12.058
Syrien	7.930	12.863	62,2	4.933
Mazedonien	6.889	9.418	36,7	2.529
Afghanistan	7.838	8.240	5,1	402
Bosnien-H.	.371	4.847	104,4	2.476
Kosovo	2.535	4.423	74,5	1.888
Iran	4.728	4.777	1,0	49
Pakistan	3.553	4.248	19,6	695
Irak	5.674	4.196	-26,0	-1.478

Die Anerkennungsquote lag im vergangenen Jahr bei 13,5 %. Knapp 11.000 Asylbewerbern (13,5 %) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28.07.1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 919 Personen (1,1 %), die als Asylberechtigte nach Art. 16 a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 9.996 Personen (12,4 %), die Flüchtlingschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i.V.m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Dies ergibt bei einer Aufschlüsselung nach Hauptherkunftsländern:

Flüchtlings- anerkennungen	davon (in %)		
		asyl- berechtigt	Flüchtlings- schutz
<b>Gesamt</b>	<b>13,5 %</b>	<b>1,1</b>	<b>2,4</b>
Serbien	0,0 %	0,0	0,0
Russ. Föd.	1,3 %	0,2	1,1
Syrien	31,5 %	3,7	27,8
Mazedonien	0,1 %	0,0	0,1
Afghanistan	21,0 %	0,9	20,1
Bosnien-H.	0,0 %	0,0	0,0
Kosovo	0,0 %	0,0	0,0
Iran	52,8 %	7,5	45,3
Pakistan	32,9 %	1,2	31,7
Irak	50,2 %	0,2	50,0

Bundesinnenminister De Maizière betonte anlässlich der Vorstellung der Zahlen für 2013 das Vorhaben der Großen Koalition, die Bearbeitungsdauer von Asylverfahren zu verkürzen und sagte, man brauche schneller Klarheit darüber, wer tatsächlich schutzbedürftig ist und wer nicht. Die Bearbeitungsdauer soll nach dem Willen von Union und SPD auf drei Monate verkürzt werden. Derzeit liegt sie bei neun Monaten.